

Bundestag debattiert über Verbraucherschutz

Bedürfnisse der Verbraucher im Fokus

Der Bundestag hat sich in dieser Woche mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Verbraucherpolitischen Bericht 2012 befasst. Dieser belegt, dass die christlich-liberale Koalition um Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner mit zahlreichen Maßnahmen entscheidend zum Schutz der Verbraucher beiträgt. Damit bestätigt die unionsgeführte Bundesregierung einmal mehr, dass sie weiterhin für konsequente, transparente und moderne Verbraucherpolitik steht.



Foto: picture alliance / dpa

Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner setzt auf eine moderne und transparente Verbraucherpolitik

In deutschen Supermärkten tauchen derzeit täglich neue Fertiggerichte mit Pferdefleisch auf, das als Rindfleisch deklariert wurde. Fälle wie dieser Betrugsskandal zeigen deutlich, wie wichtig der Schutz unserer Verbraucherinnen und Verbraucher vor Gesetzesverstößen ist. Verbraucher sollen ohne Gefahr für ihre Gesundheit und ihre wirtschaftlichen Interessen konsumieren und am Geschäftsleben teilnehmen können. Gerade im Bereich der Lebensmittelsicherheit - in der Gefährdungen für den Verbraucher meist nicht erkennbar sind - ist der Schutz der Konsumenten besonders wichtig. Die Lebensmittelsicherheit und -kontrolle stellt daher auch einen besonderen Fokus im Verbraucherpolitischen Bericht 2012 dar. So wurde im Berichtszeitraum der Rechtsrahmen im Bereich der Lebensmittelsicherheitsmodernisierung und es wurden zahlreiche Regelungen für mehr Transparenz geschaffen. Mit der Umsetzung des Aktionsplans „Verbraucherschutz in der Futtermittelkette“ werden Schwachstellen in der Futtermittelüberwachung beseitigt und die Verbraucher künftig noch

Umfassender Verbraucherschutz

besser vor unerwünschten Stoffen in Lebensmitteln geschützt. Einen weiteren Schwerpunkt der Verbraucherpolitik von Bundesministerin Ilse Aigner bildet die Verbesserung der Sicherheit von Produkten im Nichtlebensmittelbereich. Beispielsweise trägt das novellierte Produktsicherheitsgesetz zu einer verbesserten Marktüberwachung bei und mit der neuen EU-Spielzeug-Richtlinie wurden wichtige Fortschritte für die Sicherheit von Kindern erzielt. Auch im Bereich des Internets wurde der Schutz der Verbraucher verbessert. So hat sich die Bundesregierung unter anderem erfolgreich für die sog. „Button-Lösung“ gegen Kostenfallen im Internet eingesetzt. Daneben wurde in vielen weiteren Bereichen die Information der Verbraucher verbessert, der Schutz ihrer wirtschaftlichen Interessen gestärkt und die Transparenz erhöht. Dies alles zeigt: Die Verbraucherpolitik der christlich-liberalen Koalition gewährleistet Sicherheit und Selbstbestimmung, so dass Verbraucherinnen und Verbraucher in unserer komplexen Wirtschaftswelt ihr Konsumverhalten auch in Zukunft eigenverantwortlich gestalten können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Mieten in München steigen. Der Bundestag kann dem nicht einfach zuschauen. Der erste entscheidende Schritt war die von mir vorgeschlagene und von der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag durchgesetzte Absenkung der sogenannten Kappungsgrenze. D.h. ab Mai dürfen die Mieten statt bisher 20 nur noch 15 Prozent in drei Jahren steigen.



Aber das reicht noch nicht: Jetzt muss der zweite Schritt folgen und der Mietspiegel verändert werden, um die ganze Bandbreite von Mieten im Stadtviertel abzubilden.

Bei der Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete werden bislang nur die Mietsteigerungen der letzten vier Jahre berücksichtigt. Länger zurückliegende Mietvereinbarungen, die sogenannten Bestandsmieten, werden nicht in die Rechnung mit einbezogen. Damit entsteht ein Steigerungseffekt, der zu immer schnellerem Ansteigen der Mieten führt.

Die Einbeziehung der Bestandsmieten würde für alle Mieter einen dämpfenden Effekt entfalten. Daher trete ich dafür ein, die Beschränkung der Berechnung auf die letzten vier Jahre ersatzlos zu streichen. Mein Ziel ist es, dass Mieter nicht aufgrund immer schneller steigender Mietpreise aus ihren angestammten Wohnungen verdrängt werden und nach Jahrzehnten im Alter dann in völlig neue Nachbarschaften umziehen müssen.

Doch auch die Landeshauptstadt München muß ihre Hausaufgaben machen. In den vergangenen Jahren wurden deutlich zu wenige Wohnungen gebaut: Zwischen 2007 und 2010 sind durchschnittlich nur 4.500 Wohnungen entstanden, obwohl ganze 7.000 pro Jahr von der Stadt angekündigt waren. Jeder weiß, dass ein Mangel an Wohnungen die Mieten nach oben treibt.

Mit freundlichen Grüßen



Johannes Singhammer MdB

Nationaler Bildungsbericht 2012

Bildungsbericht bestätigt die Bildungspolitik der Koalition

Die konsequente Prioritätensetzung der christlich-liberalen Koalition für Bildung und Forschung trägt Früchte: Am Freitag war der Nationale Bildungsbericht 2012 von Bund und Ländern Gegenstand einer Debatte im Deutschen Bundestag. Dieser bestätigt die Bildungspolitik der Koalition, denn in allen Bildungsbereichen sind positive Entwicklungen zu verzeichnen.

Der Nationale Bildungsbericht gibt alle zwei Jahre einen differenzierten Überblick über das gesamte Bildungswesen in Deutschland. Nach dem Bericht 2012 sind in allen Bildungsbereichen positive Entwicklungen zu erkennen: Immer weniger Schüler verlassen die Schule ohne Hauptschulabschluss. Während dies im Jahr 2006 noch acht Prozent waren, war die Zahl im Jahr 2010 schon auf 6,5 Prozent gesunken. Zudem steigt die Zahl der Abiturienten. Mittlerweile schließt gut ein Drittel der Schüler die Schule mit der allgemeinen Hochschulreife ab - im Jahr 2004 waren es noch 28 Prozent. Die Studienanfängerquote liegt mit über 50 Prozent auf Rekordniveau. Unter den 30- bis 35-Jährigen ist er Anteil derer mit Hochschulreife



Foto: picture alliance / dpa

doppelt so hoch wie unter den 60- bis 65-Jährigen (41 Prozent im Vergleich zu 20 Prozent). Mehr als ein Viertel aller Schüler (2010: 28 Prozent) nutzen mittlerweile die Angebote der Ganztagschulen. Gleichzeitig haben im Jahr 2011 rund 517.000 Kinder unter drei Jahren Betreuungsangebote genutzt. Das entspricht im Vergleich zu 2006 einer Steigerung um rund 80 Prozent. Auch die Situation von Schulabgängern bei der

Ausbildungsplatzsuche hat sich verbessert - nicht zuletzt wegen der demografischen Entwicklung in Deutschland. Die Ergebnisse des Bildungsberichts zeigen deutlich, dass sich die Investitionen der christlich-liberalen Koalition in Bildung und Forschung gelohnt haben - denn nie war Deutschland mehr Bildungsrepublik als heute.

Diese Woche

- Bundestag debattiert über Verbraucherschutz
Bedürfnisse der Verbraucher im Fokus 1
- Nationaler Bildungsbericht 2012
Bildungsbericht bestätigt die Bildungspolitik der Koalition 2
- Neuregelung des Bundeswahlgesetzes
Koalition setzt Urteil des Bundesverfassungsgerichts um 2
- Qualifizierte Berufsabschlüsse für eine bessere Lebensqualität
Christlich-liberale Koalition begegnet dem Fachkräftemangel in der Altenpflege 3
- Verlängerte Kompensationszahlungen für die Bundesländer
Bund verlängert Milliardenzahlungen an die Länder und schafft dadurch Planungssicherheit 3
- Bundeskanzlerin gibt Regierungserklärung
Gutes Ergebnis für Deutschland beim EU-Gipfel 4
- Bundestag berät über Bundeswehrmandate
Deutschland übernimmt Verantwortung in Mali 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Neuregelung des Bundeswahlgesetzes

Koalition setzt Urteil des Bundesverfassungsgerichts um

Der Bundestag hat in dieser Woche in 2./3. Lesung eine Reform des Bundeswahlrechts beschlossen. Die Neuregelung war notwendig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht im Juli vergangenen Jahres das Bundeswahlgesetz teilweise beanstandet hatte.

Der am Donnerstag beschlossene Gesetzentwurf hält am bewährten System der personalisierten Verhältniswahl fest. Gleichzeitig vermeidet er - entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts - das sogenannte „negative Stimmgewicht“. Das bisherige System bleibt erhalten, bei dem die Personenwahl von Wahlkreisbewerbern nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl mit der Verhältniswahl von Landeslisten der Parteien kombiniert ist. Durch die Anrechnung der gewonnenen Direktmandate auf die Listenmandate bleibt der Grundcharakter der Verhältniswahl gewahrt. Zur Vermeidung des negativen



Foto: picture alliance / ZB

Stimmgewichts wird die länderweise Verteilung der Sitze auf die Landeslisten der Parteien in modifizierter Form als erste Stufe der Sitzverteilung beibehalten. In einer zweiten Stufe wird zur Vermeidung von Überhangmandaten die Gesamtzahl der Sitze so weit erhöht, bis bei anschließender bundesweiter Oberverteilung an die Parteien und Unterverteilung auf die Landeslisten alle Wahlkreismandate auf Zweitstimmenmandate der Partei angerechnet werden können. Damit sind künftig alle Direktmandate durch Zweitstimmen unterlegt, so dass im Ergebnis keine Überhangmandate mehr anfallen.

Qualifizierte Berufsabschlüsse für eine bessere Lebensqualität

Christlich-liberale Koalition begegnet dem Fachkräftemangel in der Altenpflege

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche einen Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Stärkung der Aus- und Weiterbildung in der Altenpflege beschlossen. Mit dem Gesetz schafft die christlich-liberale Koalition die rechtlichen Grundlagen für die sogenannte „Ausbildungs- und Qualifikationsoffensive Altenpflege“ und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Fachkräftesicherung im Bereich der Altenpflege.

In Deutschland gibt es in der Altenpflege derzeit rund 14.000 offene Stellen – bei lediglich 35 Bewerberinnen und Bewerbern auf 100 offene Stellen. Gleichzeitig steigt die Zahl Pflegebedürftiger weiter an. Mit dem Gesetz zur



In der Altenpflege gibt es derzeit rund 14.000 offene Stellen

Foto: picture alliance / dpa

Stärkung der Aus- und Weiterbildung in der Altenpflege bringt die Koalition Maßnahmen auf den Weg, um künftig den Bedarf an qualifiziertem Personal decken zu können: Wer Vorkenntnisse im Pflegebereich hat, kann schneller und kürzer zur Altenpflegekraft umgeschult werden als bisher. Außerdem werden alle Umschulungen in die Altenpflege wieder voll von der Bundesagentur für Arbeit finanziert. Auf diese Weise werden nicht nur mehr Menschen für eine Umschulung gewonnen, sondern durch die höhere Anzahl von Fachkräften wird auch die Lebensqualität pflegebedürftiger Menschen

verbessert. Beide Maßnahmen sind Teil der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege, die der Bund gemeinsam mit den Ländern und Verbänden im Dezember vergangenen Jahres vereinbart hat. Neben den Anreizen für die Ergreifung des Pflegeberufs trägt

diese Offensive auch dazu bei, die Arbeitsbedingungen für die über 950.000 Beschäftigten in der Altenpflege zu optimieren - durch eine verbesserte Gesundheitsförderung, einen ausgewogenen Personalmix und eine leistungsgerechte Vergütung. Mit dem am Donnerstag beschlossenen Gesetz leistet die Koalition einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung in der Altenpflege. Nun liegt es an den Bundesländern, den Gesetzentwurf im Bundesrat zügig zu behandeln, damit die Regelungen noch rechtzeitig vor Beginn des neuen Ausbildungsjahres in Kraft treten können.

Verlängerte Kompensationszahlungen für die Bundesländer

Bund verlängert Milliardenzahlungen an die Länder und schafft dadurch Planungssicherheit

Der Bundestag hat sich in dieser Woche in erster Lesung mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen befasst. Um Planungssicherheit für anstehende Investitionen zu schaffen, sieht der Gesetzentwurf vor, dass die eigentlich auslaufenden Kompensationszahlungen an die Länder auch im kommenden Jahr auf Höhe der bisher geleisteten Beträge fortgeschrieben werden.

Nach dem Gesetzentwurf wird der Bund den Ländern - wie bisher - aus seinem Haushalt im Jahr 2014 Beträge von rund 2,6 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Hintergrund ist die Föderalismusreform. Bund und Länder hatten sich 2005 in der Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung auf Verfassungsänderungen geeinigt, um Mischfinanzierungen zu reduzieren und die Möglichkeiten für Finanzhilfen des Bundes neu zu fassen. Wegen der ausfallenden investiven Mittel des Bundes wurde den Ländern eine



Foto: picture alliance / chromorange

Die zusätzlichen Kompensationszahlungen des Bundes kommen insbesondere dem Öffentlichen Personennahverkehr zugute

Kompensation zugesichert, deren Höhe aber nur bis zum 31. Dezember 2013 festgeschrieben ist. Bis dahin müssen Bund und Länder überprüfen, in welcher Höhe die den Ländern zugewiesenen Finanzierungsmittel zu deren Aufgabenerfüllung noch angemessen und erforderlich sind. Mit der Änderung des Entflechtungsgesetzes sollen die Kompensationsleistungen für das Jahr 2014 auf Höhe

der bisher jährlich geleisteten Beträge fortgeschrieben werden. Dadurch schafft die christlich-liberale Koalition Planungssicherheit für anstehende Investitionen.

Bundeskanzlerin gibt Regierungserklärung

Gutes Ergebnis für Deutschland beim EU-Gipfel

Der Bundestag hat sich am Donnerstag mit den Ergebnissen des EU-Sondergipfels am 7./8. Februar in Brüssel befasst. Bundeskanzlerin Angela Merkel würdigte in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag die Einigung der europäischen Staats- und Regierungschefs zum EU-Budget für die Jahre 2014-2020. Die Kompromissbereitschaft aller 27 Mitgliedsländer bilde eine Grundlage für die „einzigartige Erfolgsgeschichte“ der EU.

Die EU-Regierungschefs hatten sich Anfang Februar im zweiten Anlauf auf das EU-Budget für die Jahre 2014-2020 geeinigt und damit das Fundament für die Beratungen über die Mittel der EU in diesen Jahren gelegt. Merkel erklärte vor dem Bundestag, dass Deutschland alle Ziele erreicht habe. „Der Abschluss der Finanzplanungen schafft Planbarkeit und Sicherheit für alle“, betonte sie. Der Beschluss sieht eine Obergrenze des mittelfristigen Finanzrahmens von 960 Milliarden Euro vor und die EU-Mitgliedstaaten zahlen künftig ein Prozent des Bruttonationaleinkommens ein. Damit gebe es erstmals keinen weiteren „Aufwuchs“ der Ausgaben. Wenn alle EU-Staaten sparen müssten, dann müsse dies auch die EU tun, erklärte die Kanzlerin. Ein wichtiges Ziel der Bundesregierung bei den Verhandlungen war es, dass die Mittel der EU in Zukunft effektiver eingesetzt



Foto: picture alliance / dpa
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am Donnerstag bei ihrer Regierungserklärung im Deutschen Bundestag

werden (sog. „better spending“). Dieses Ziel wurde erreicht, denn die Strukturfondsmittel sind künftig an die Einhaltung von Reformvorhaben in den betroffenen Ländern gebunden. Auch ein weiteres Ziel der Bundesregierung - ein fairer Ausgleich der Belastungen unter den Nettozahlern - konnte beim Gipfeltreffen in Brüssel erreicht werden. Im Einzelnen sieht die Einigung folgendes vor: Die Agrarförderung wird schrittweise zurückgefahren und stärker auf Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet. Die Regionalförderung wird ebenfalls abgesenkt und auf die bedürftigsten Regionen konzentriert.

In die Zukunftsbereiche Bildung, Forschung und Innovation wird dagegen zukünftig erheblich mehr investiert und die Ausgaben für Infrastruktur und Verkehr werden verdoppelt. Für das Inkrafttreten des neuen Finanzrahmens ist die Zustimmung des Europäischen Parlaments erforderlich.

Bundestag berät über Bundeswehrmandate

Deutschland übernimmt Verantwortung in Mali

Die Bundeswehr bereitet sich auf eine Ausweitung ihres Engagements zur Stabilisierung Malis vor. Am Mittwoch dieser Woche hat der Bundestag zwei Anträge der Bundesregierung zum Einsatz der Bundeswehr in dem von Rebellen umkämpften Land beraten. Neben der EU-Ausbildungsmission für die malische Armee geht es darin um Transportleistungen und Luftbetankungen für die französisch-afrikanischen Streitkräfte.

Mit den Anträgen reagiert die Bundesregierung auf die verschärfte humanitäre Situation in Mali, die in Folge der im Januar 2012 ausgebrochenen Kämpfe zwischen Regierungseinheiten und den Tuareg-Rebellen entstanden ist. Der Staat Mali als Ganzes stand vor der Übernahme durch islamistische, intolerante Rebellengruppen. Diese hatten in den von ihnen eroberten Gebieten im Norden Malis bereits die Scharia in ihrer schärfsten Form eingeführt. Rund 450.000 Binnenflüchtlinge sind vor den vordringenden Islamisten geflohen und eine humanitäre Katastrophe hat sich angedeutet. In dieser Situation rief die malische Übergangsregierung am 10. Januar dieses Jahres Frankreich zu Hilfe. Durch den Einsatz der französischen Streitkräfte ist es gelungen, den Vormarsch der Re-



Foto: picture alliance / abaca
Malische Kinder im Flüchtlingscamp Fassala nahe der malischen Grenze in Mauretanien

bellen und Islamisten auf die Hauptstadt Bamako zu beenden. Als deutschen Beitrag zur Stabilisierung und Sicherung des Landes sieht die unionsgeführte Bundesregierung nun vor, dass sich die Bundeswehr mit bis zu 150 Soldaten am Lufttransport und an der Luftbetankung beteiligt. Weiterhin soll die Bundeswehr die militärische Ausbildungsmission (EUTM) mit

bis zu 180 Soldaten unterstützen. Ihr Einsatzgebiet wird die Planung und fachliche Aufsicht der Missionen sowie die Ausbildung der malischen Streitkräfte sein. Diese beiden Mali-Mandate dienen der Durchsetzung von Menschenrechten, von humanitärem Völkerrecht sowie der Stärkung der zivilen Staatlichkeit. Dadurch übernimmt Deutschland politische, humanitäre und materielle Verantwortung in Mali.